

Jeder fünfte Arbeitnehmer bekommt Niedriglohn

19. Aug 14:55



Viele Putzfrauen sind Niedriglöhner
Foto: AP

Sie verdienen weniger als 9,85 pro Stunde und sind weit überdurchschnittlich von Armut bedroht. Zwei Gewerkschaften starten deshalb einen «Dumpinglohn-Melder».

Jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn. Bei den sogenannten atypisch Beschäftigten bekomme sogar jeder zweite Arbeitnehmer (49,2 Prozent) weniger als 9,85 Euro pro Stunde, sagte der Vizepräsident des Statistischen Bundesamts, Peter Weigl, am Mittwoch in Frankfurt.



Zur Gruppe der atypisch Beschäftigten gehören Teilzeitarbeiter, befristet und geringfügig Beschäftigte sowie Zeitarbeiter. Diese Form der Beschäftigung habe sich am Arbeitsmarkt etabliert, sagte Weigl. Mehr als ein Fünftel (22,2 Prozent) der Erwerbstätigen entfalle auf diesen Bereich.

14,3 Prozent der atypisch Beschäftigten seien «überdurchschnittlich armutsgefährdet», betonte Weigl. Unter den Normalbeschäftigten lag der Anteil nur bei 3,2 Prozent. Grund für die Armutsgefährdung seien vor allem die häufig geringeren Löhne. Männer in atypischen Beschäftigungen sind demnach weit stärker armutsgefährdet als Frauen. Besonders auffällig sei die um rund 25 Prozentpunkte höhere Armutsquote von Männern in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung, sagte Weigl. Ein Grund dafür sei, dass Frauen in prekärer Beschäftigung oft nur Zuverdiener sind.

Auch reguläre Arbeitnehmer betroffen

Niedriglöhne seien jedoch nicht nur ein Problem der atypisch Beschäftigten. Von den regulären Arbeitnehmern arbeiteten 11,1 Prozent für einen Niedriglohn. Das Statistische Bundesamt definiert die Niedriglohn-Grenze mit Hilfe eines Mittelwerts, des sogenannten Median-Verdienstes. Alle Stundenlöhne, die geringer als zwei Drittel des Mittelwerts sind und damit weniger als 9,85 Euro pro Stunde betragen, zählen zu den Niedriglöhnen.

Weigl wies jedoch darauf hin, dass Niedriglohn nicht zwingend zu einem Armutsrisiko führt. Wichtig seien auch die sozialen Umstände, also die Frage, ob ein Arbeitnehmer alleinstehend sei oder mehrere Erwerbseinkommen in einem Haushalt vorhanden seien. Knapp ein Viertel der geringfügig Beschäftigten war sogar trotz weiterer Einkommen im Haushalt und staatlicher Unterstützung armutsgefährdet. Die Daten entstammen einer Erhebung des Bundesamts von 2006. Die Statistiker gehen davon aus, dass es bis heute wenige Veränderungen in diesem Bereich gibt.

Der «Dumpinglohn-Melder» von verdi und NGG

Die Gewerkschaften verdi und Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) starten fünf Wochen vor der Bundestagswahl einen «Dumpinglohn-Melder». In Frankfurt am Main wollen die Arbeitnehmervertreter eine Bestandsaufnahme der Einkommenssituation sogenannter Aufstocker machen. Gemeint sind damit Arbeitnehmer, die trotz ihrer Arbeit auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind. Schuld daran seien häufig Niedriglöhne von 5,50 Euro oder weniger, erklärten die Gewerkschaften am Mittwoch. Der Geschäftsführer der NGG-Region Rhein-Main, Peter-Martin Cox, kündigte zudem ein bundesweites «Niedriglohn-Barometer» an. Zunächst appellierten die beiden Gewerkschaften an Beschäftigte in Frankfurt am Main, Dumpinglöhne zu melden. Dies sei unter der Internetadresse dumpinglohn.de möglich. Verdi und NGG treten für einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde ein. (epd/AP)